

dischen Firmen in der Volksrepublik zu registrieren. Nach der Entscheidung handelt es sich um folgende Gebiete: die vier Wirtschaftssonderzonen in den Provinzen Guangdong und Fujian, die 14 Küstenstädte, die kürzlich das Recht erhalten haben, sich weiter zur Welt hin zu öffnen, sowie die Verwaltungsregion Hainan. Die lokalen Büros der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel in diesen Gebieten werden von der staatlichen Verwaltung mit der Registrierung betraut und werden Registrierungszertifikate sowie Geschäftslizenzen und Geschäftszertifikate ausgeben. Diese Büros werden ebenso die legitime Geschäftstätigkeit der registrierten Firmen schützen und sich darum kümmern, daß die ausländischen Firmen sich an die chinesischen Gesetze und Verordnungen halten. Früher waren nur zwei Provinzen, nämlich Guangdong und Fujian, sowie die Städte Guangzhou und Shenzhen mit der Registrierung betraut worden. Die Registrierung in anderen Teilen Chinas wird nach wie vor von der staatlichen Verwaltung für Industrie und Handel wahrgenommen werden. Die Verwaltung wird jeweils entscheiden, ob lokale Büros dieser Regionen mit der Registrierung betraut werden können.

Bis zum Ende Juni 1984 waren in der Volksrepublik ca. 1.800 ausländische Firmen (einschließlich jener aus Hong Kong und Macau) und Joint Ventures sowie Gemeinschaftsunternehmen in der Volksrepublik registriert. Darunter waren 342 Joint Equity Ventures, 690 Gemeinschaftsunternehmen und 45 Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern. Bei den chinesischen Behörden waren auch 33 ausländische Ölfirmen und mehr als 700 Repräsentanzbüros ausländischer Firmen registriert. Allein im Jahre 1983 wurden 105 Joint Equity Ventures in China errichtet; die gesamte Investitionssumme dieser Firmen betrug 1,4mal so viel wie die gesamten Investitionen in den vorhergehenden vier Jahren. (XNA, 22.8.84) -lou-

*(32)

455 ausländische Firmen haben Repräsentationsbüros in China

Wie das Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel mitteilte, ist die Zahl derjenigen Firmen, die in der Volksrepublik Repräsentationsbüros unterhalten, auf 455 gestiegen. 331 davon befinden sich in Beijing, andere sind in Shanghai, Tianjin, Dalian und anderen Städten. Nicht eingerechnet sind jedoch jene Büros, die in den Provinzen Guangdong und Fujian errichtet worden sind, in denen besondere Regelungen gelten. Ein

neuer Trend geht dahin, daß immer mehr ausländische Firmen um die Genehmigung nachsuchen, Büros in den Küstenstädten zu errichten.

Am 1. August 1984 wurde in Shanghai das Verbindungsbüro der Schloemann-Siemag AG in Shanghai eingeweiht. Im Februar 1984 war bereits ein Verbindungsbüro dieser Firma in Beijing eröffnet worden. (XNA, 3.8.84) -lou-

*(33)

Symposium über Investitionsmöglichkeiten geplant

In der Zeit vom 6.-9.11.1984 wird in Hong Kong ein Symposium über Investitionsmöglichkeiten in den für verstärkte ausländische Tätigkeit geöffneten chinesischen Städten und Wirtschaftsräumen veranstaltet. Nach der vom chinesischen Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel herausgegebenen Mitteilung werden auch Angehörige verschiedener Ressorts des chinesischen Staatsrates an der Konferenz teilnehmen.

Das Symposium steht unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der chinesischen Banken in Hong Kong, der China Resources (Holdings) Co.Ltd., China Merchants Steam Navigation Co.Ltd., Everbright Industrial Corp. und der Economic Information and Agency, Hong Kong. Erwartet werden unter anderem Delegationen aus den vier chinesischen Wirtschaftssonderzonen sowie Repräsentanten der 14 Küstenstädte, die Sonderrechte für die Öffnung zur Welt bekommen haben, und der Insel Hainan.

Die Tagung soll mit Referaten der Abteilungsleiter verschiedener Regierungsstellen über Chinas Politik der weiteren Öffnung zur übrigen Welt eröffnet werden. Anschließend werden die Delegationen der 14 Städte, 4 Wirtschafts-sonderzonen und der Insel Hainan im einzelnen über ihre jeweiligen Wirtschaftsräume und Investitionsbedingungen berichten, einschließlich der zur Einfuhr vorgesehenen Projekte an Technologie und Einrichtungen sowie der zur Durchführung der Importe erforderlichen Maßnahmen. Drei Tage der insgesamt viertägigen Konferenz sind für geschäftliche Besprechungen reserviert. (NfA, 28.8.84) -lou-

BINNENWIRTSCHAFT

*

*

*(34)

Langfristiges Entwicklungsprogramm für Chinas Nahrungsmittelindustrie

Der Staatsrat hat das von der staatlichen Wirtschaftskommission vorgelegte Entwicklungsprogramm für die nationale Nahrungsmittelindustrie von 1981 bis 2000 bestätigt. Das Programm sieht vor, den Gesamtwert der chinesischen Nahrungsmittelindustrie bis zum Jahre 2000 auf 300 Mrd. Yuan zu erhöhen. (Zum Vergleich: 1982 betrug der Bruttoproduktionswert der Nahrungsmittelindustrie 75,552 Mrd. Yuan.) Das Programm fordert, die Sortimente der Nahrungsmittel sollten vielfältig und die Bedürfnisse aller Seiten befriedigt werden. Man müsse großen Wert auf die Produktion von vorgefertigten Speisen legen, die Struktur der Nahrung der Menschen verbessern und die Qualität der Hygiene der Nahrungsmittel sicherstellen. In dem Programm werden Ziele und Maßnahmen für die Erschließung und Nutzung von Ressourcen, die Entwicklung von Rohstoffbasen, technische Umgestaltung, wissenschaftliche Forschung und Ausbildung von Fachkräften genannt. Das Programm fordert ferner dazu auf, ausländische Investitionen zu nutzen und moderne Technologien einzuführen. (Radio Beijing, 13.8.84, zit. nach MD, 15.8.84) -lou-

*(35)

Pläne für die Reform der Maschinenbauindustrie

Der Staatsrat hat dem Ministerium für die Maschinenbauindustrie die Genehmigung erteilt, eine Gesamtreform durchzuführen, um die Entwicklung zu beschleunigen. Die Reform zielt darauf, die Barrieren zwischen Verwaltungsregionen und verschiedenen Abteilungen niederzureißen, wodurch die Integration verbessert und die spezialisierte Produktion ausgeweitet werden kann. Wie der Industrieminister Zhou Jiannan sagte, werden alle Unternehmen, die nun vom Ministerium verwaltet werden, bis zum Ende des Jahres 1985 von den größeren Städten betrieben werden. Das gleiche gilt für andere Maschinenbaubetriebe unter anderen Abteilungen. Die Maschinenbaubüros in den Provinzen und Autonomen Regionen werden nicht länger Betriebe verwalten. Den Betrieben wird eine größere Entscheidungsbefugnis über ihre eigenen Fonds gegeben; sie erhalten auch das Recht, mit ausländischen Firmen Verträge abzuschließen. Das Ministerium wird keine administrativen Funktionen ausüben, jedoch die

Politik formulieren und die übergeordneten Entwicklungspläne aufstellen. Auch wird das Ministerium seine Organisation vereinfachen, um die Arbeitseffizienz zu erhöhen.

Im nächsten Jahr werden Handelszentren für Kapitalgüter errichtet werden, um die Zirkulation von Produkten und Rohmaterialien zu stimulieren. Es werden neue Unternehmen errichtet, die Ingenieurprojekte übernehmen können. Transregionale Wirtschaftseinheiten werden errichtet, um Forschung und Produktion zu kombinieren.

Das Ministerium wird in Kürze den siebenten Fünfjahrplan (1986-1990) für die Maschinenbauindustrie des Landes entwerfen. Es wird ein nationales Informationsnetzwerk errichtet, um die geplanten Untersuchungen des gegenwärtigen Zustandes der Maschinenbauindustrie zu koordinieren.

Die von der Maschinenbauindustrie produzierten Kraftwerkskapazitäten beliefen sich von Januar bis Juli 1984 auf 1,75 Mio.kW, das war das Doppelte der in der Vergleichsperiode des Vorjahres erreichten Kapazität. Auch die Produktion von Bergwerksausrüstungen, großen Werkzeugmaschinen und landwirtschaftlichen Maschinen zeigte hohe Zuwachsraten zwischen 13,9 und 33,9%.

Große Industriezweige, wie z.B. Kraftwerke, Eisen und Stahl, Öl, Kommunikationswesen und Bergbau, sind heute zu 85% mit chinesischen Maschinen ausgestattet. Die Maschinenbauindustrie hat komplette Ausrüstungssätze an mehr als 3.000 Projekte geliefert sowie gleichermaßen modernste elektronische Produkte und Präzisionsinstrumente, Meßinstrumente für die nationale Verteidigung, die Nuklearindustrie, die Raumfahrt und Luftfahrtindustrie sowie wissenschaftliche Forschungsabteilungen. Die Volksrepublik hat 170 verschiedene Qualitätspräzisionswerkzeugmaschinen produziert, viele davon entsprechen internationalen Standards. Vor 1949 gab es in China keine nennenswerten Maschinenbauindustrie. Es gab nur einige wenige kleine Fabriken, die einfache Elektromotoren und Drehbänke herstellten oder sich mit Montage und Reparaturen befaßten. Gegenwärtig gibt es mehr als 100.000 Maschinenfabriken im ganzen Lande. Der Bruttoproduktionswert der Maschinenbauindustrie betrug im Jahre 1983 144 Mrd.Yuan, die Produktion stieg in den vergangenen 3 Jahrzehnten jährlich um 13,3%. In mehr als 140 Länder und Regionen sind mehr als 130 verschiedene Arten von Maschinen mit 1.000 Spezifikationen exportiert worden. Die

Volksrepublik hat nun auch damit begonnen, Technologien für die Herstellung von Elektromaschinen und Ausrüstungen für kleine hydroelektrische Kraftwerke zu exportieren. (XNA, 22. und 28.8.84) -lou-

*(36)

Über die Reform der Leichtindustrie

Nach Angaben des stellvertretenden Ministers Ji Long haben ca. 70% der Kollektivbetriebe, die dem Ministerium für Leichtindustrie unterstehen, das vertraglich gebundene Verantwortlichkeitssystem angenommen. Das Anfang des Jahres 1983 eingeführte System wird nun in mehr als 42.000 Kollektivbetrieben unter dem Ministerium angewendet.

Wie eine im August durchgeführte Untersuchung bei 35.526 dieser Betriebe zeigte, betrug der gesamte Bruttoproduktionswert 24,516 Mrd.Yuan in den ersten sieben Monaten dieses Jahres, das waren 10,9% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Diese Betriebe lieferten 2,8 Mrd.Yuan an Gewinnen und Steuern ab, das bedeutet einen Zuwachs von 12,4%. Diese Zahlen sind höher als jene für die staatseigenen Betriebe, die dem Ministerium unterstehen.

Das Verantwortlichkeitssystem in einer Fabrik bedeutet gewöhnlich, daß die Verantwortlichkeit für das Management, die Produktion der Güter und die Erzeugung von Gewinnen in den Händen der Fabrikdirektoren liegt. Sie unterzeichnen entsprechende Verträge und erhalten Belohnungen bzw. Bestrafungen je nach den Ergebnissen. Das gleiche Prinzip wird bei Arbeitern und Angestellten der Fabrik angewendet. Das Verantwortlichkeitssystem verstärkt die Initiative der Arbeiter, denn es stellt einen Zusammenhang her zwischen den wirtschaftlichen Ergebnissen der Fabriken und den Leistungen der Arbeiter. Ende 1983 gab es mehr als 73.000 Betriebe unter der Jurisdiktion des Ministeriums für die Leichtindustrie; darunter waren 61.000 Kollektivbetriebe und 11.300 staatseigene Betriebe.

Als Ergebnis der Reform betrug die von den 61.000 Kollektivbetrieben im Jahre 1983 erzielten Gewinne und Steuern 8,7% mehr als im Jahre 1982. Der durchschnittliche jährliche Anstieg in den letzten 4 Jahren betrug 4,5%. Die Zahl der Kollektivbetriebe, die Verlust machten, verringerte sich 1983 gegenüber 1982 um 3.578, das waren 41,1% weniger. Auch in den kleinen staatseigenen Betrieben wird eine ähnliche Reform durchge-

führt. Obwohl Zahlen noch nicht erhältlich sind, zeigen vereinzelte Berichte, daß auch dort die Ergebnisse ermutigend sind.

So konnte beispielsweise die Papierfabrik Shijiazhuang, ein kleines staatseigenes Unternehmen mit 800 Arbeitern, in der Zeit zwischen 1981 und 1983 nichts an den Staat überweisen; der Grund dafür war ein schlechtes Management. Im April dieses Jahres verpflichteten sich der Verkaufsdirektor und ein neuer Direktor, die Fabrik zu leiten; sie versprachen, bis zum Ende dieses Jahres 700.000 Yuan an Gewinnen zu erwirtschaften. Nachdem der Vertrag unterzeichnet war, wurde der Verkaufsdirektor der Direktor der Fabrik, und sein Partner wurde Parteisekretär der Fabrik. In der ganzen Fabrik wurde das vertraglich gebundene Verantwortlichkeitssystem eingeführt, und bereits Ende Juli 1984 war eine Gewinnsumme von 700.000 Yuan erreicht, also bereits fünf Monate vor dem ursprünglich anvisierten Datum. In der Fabrik gab es auch eine Verbesserung der Qualität sowie eine Sortimentsausweitung der Produkte; die Fabrik hofft, im nächsten Jahr die Produktion zu verdoppeln. (XNA, 31.8.84) -lou-

*(37)

Shanghai Firmen geben Aktien aus

Wie aus Shanghai Bankkreisen verlautet, haben Kollektivbetriebe in Shanghai nun die Genehmigung erhalten, Aktien auszugeben, um die notwendigen Mittel für Geschäftsgründungen zu erhalten. Nach den vorläufigen Regelungen über die Ausgabe von Aktien, die von der Shanghai Filiale der Volksbank formuliert wurden, gibt es zwei Klassen von Aktien: eine für Unternehmen im Staatsbesitz, Kollektivbetriebe oder ländliche Produktionsgruppen und die andere für Individuen aus Stadt und Land. Die Halter von Aktien erhalten Jahreszinsen und Gewinne. Die Höhe der jährlichen Dividenden hängt von den wirtschaftlichen Erfolgen des Aktienausgebers ab; die Dividende wird zwischen drei und fünf Prozent des Nennwertes der Aktien betragen. Wie es in den vorläufigen Regelungen weiter heißt, werden spezialisierte Banken in der Stadt das Recht erhalten, die Aktien für die Firmen auszugeben.

Die Möglichkeit, Geld in Aktien anzulegen, muß wohl auch im Zusammenhang mit den hohen Bankdepósitos der Shanghai Bevölkerung gesehen werden. Ende Juli 1984 hatten Shanghai 6,4 Mio. städtische Bewohner durchschnittlich 650 Yuan pro Kopf in den Banken deponiert. Nach Angaben der Shanghai Filiale der Industrie- und Handelsbank betrug die gesamten

Spareinlagen in den städtischen Bezirken von Shanghai 4,18 Mrd. Yuan per Ende Juli 1984. Von 1980 bis 1983 stiegen die Bankeinlagen jährlich um 17,3%. (XNA, 13. u. 22.8.84) -lou-

*(38)

Neuregelung der Amtszeiten für Fabrikdirektoren

Vom nächsten Jahr an wird ein System festgesetzter Amtszeiten für Fabrikdirektoren in mehr als 3.000 großen staatseigenen Betrieben eingeführt werden. Dies teilte Qiao Shi, der Chef der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, mit. Die neue Regelung wird auch in anderen Fabriken und Betrieben eingeführt werden. Dies bedeutet einen Bruch mit der gegenwärtigen Praxis, nach der die Amtszeiten für die Mitglieder der Geschäftsleitung praktisch lebenslang sind.

Nach den vorläufigen Regelungen über die Arbeit und Verantwortlichkeit von Fabrikdirektoren in staatseigenen Betrieben soll die Amtszeit der Fabrikdirektoren im allgemeinen vier Jahre dauern. Die Amtszeit kann verlängert werden, wenn der Arbeiterkongreß der jeweiligen Fabrik dem zustimmt. Die Fabrikdirektoren müssen ihren Rücktritt einreichen, wenn sich ihre Unfähigkeit herausstellt; sie können auch mittels eines legalen Verfahrens vom Arbeiterkongreß aus ihrem Amt entfernt werden. Das neue System zielt auch darauf ab, das Kontingent der Fabrikdirektoren jung und voller Vitalität zu halten. (XNA, 28.8.84) -lou-

*(39)

Über die Arbeitsplatz-Beschaffung für städtische Jugendliche

Durch das Arbeitsamt eine Arbeit zu suchen, einen Kollektivbetrieb zu errichten oder ein privates Geschäft zu gründen - das sind die drei Wege zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den chinesischen Städten. Das alles unterliegt der einheitlichen Planung und Führung des Staates. Auf diese Weise wurden in der Volksrepublik zwischen 1979 und 1982 Arbeitsplätze für 32 Mio. städtische Jugendliche geschaffen. Allein im Jahre 1982 waren 4,7 Mio. Mittelschulabsolventen und andere bisher nicht beschäftigte Jugendliche an die Arbeit gegangen. Davon arbeiteten 50,4% in Kollektivbetrieben, 20,9% in volkseigenen Einrichtungen, 5,5% betrieben ein eigenes privates Geschäft und 23,2% leisteten Kurzarbeit.

Ende der 1970er Jahre hatte die Regierung festgestellt, daß der Staat zu großen Wert auf die Entwicklung der Schwerindustrie gelegt hatte, so daß die Entwicklung

der Schwer- und der Leichtindustrie unausgewogen war und die beruflichen Chancen immer kleiner geworden waren. Seit 1979 wird eine Reform durchgeführt. Angesichts der Tatsache, daß das Handels- und Dienstleistungsnetz, wie beispielsweise kleine Läden, Schneidereien, Restaurants und Reparaturstätten, zu klein war, so daß die Bevölkerung im Alltagsleben auf viele Schwierigkeiten stieß, wurden die Jugendlichen in den letzten Jahren ermutigt, Berufe zu wählen, die der Produktion von alltäglich gebrauchten Artikeln dienen, oder in Dienstleistungseinrichtungen zu arbeiten. Solche Betriebe brauchen mehr Arbeitskräfte, aber weniger Investitionen.

Da die Produktivität in China noch verhältnismäßig niedrig und unausgewogen ist, ist es schwer, in der staatseigenen Wirtschaft mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die gegenwärtige Richtlinie der Regierung besagt: Unter der Voraussetzung, daß die sozialistische staatseigene Wirtschaft in der ganzen Volkswirtschaft eine führende Rolle spielt, soll ein Teil des Handwerks, der Industrie, des Bauwesens, des Transportwesens, des Handelswesens und der Dienstleistungsbetriebe in den Städten zu kollektiveigenen Betrieben werden. In Stadt und Land soll die Privatwirtschaft einzelner Werkstätiger in vom Staat festgelegten Rahmen und unter der staatlichen Industrie- und Handelsverwaltung angemessen gefördert werden. Dadurch kann die Wirtschaft effektiver betrieben werden; es können auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Staat verfolgt die Politik, die kollektive und die private Wirtschaft zu unterstützen, wie z.B. notwendige Kredite zu gewähren, stillgelegte Werkshallen und Anlagen zu niedrigen Preisen zur Verfügung zu stellen und in den ersten 3 Jahren keine Einkommensteuer zu erheben. Diejenigen, die sich mit Dienstleistungsarbeiten, wie beispielsweise mit Reparaturarbeiten, beschäftigen, brauchen in den ersten 2 bis 3 Jahren auch noch keine Industrie- oder Handelssteuer zu zahlen. Viele kollektive Wirtschaftsbetriebe sind mit Förderung durch staatliche Unternehmen, Organisationen, Schulen und Volksbefreiungsarmee zustande gekommen. Anfangs wurden sie von den jeweils zuständigen Stellen mit Verwaltungspersonal, Geldmitteln, Grundstücken und Anlagen versorgt. Im Jahre 1982 hatten die Staats- und die lokalen Behörden insgesamt 370 Mio. Yuan als Zuschüsse für die Errichtung und Förderung solcher Betriebe ausgegeben.

Gegenwärtig gibt es in ganz Chinas 12.000 Arbeitsservice-Betriebe. Ein Viertel davon wurde von den Arbeitsämtern, drei Viertel von Unternehmensorganisationen und Institutionen errichtet. Solche Betriebe bieten nicht nur Arbeitsplätze, sondern veranstalten auch Berufsausbildungskurse für Jugendliche. (Radio Beijing, 7.8.84, zit. nach MD, 9.8.84) -lou-

*(40)

Über die Kunstdüngerproduktion

Im ersten Halbjahr 1984 produzierte die Volksrepublik 7,43 Mio. t Kunstdünger. Die gesamte Produktionsmenge des Jahres 1983 betrug 13,789 Mio. t und war somit, hinter den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, die drittgrößte Produktionsmenge in der Welt. In den letzten 34 Jahren stieg die Produktion chemischer Düngemittel in der Volksrepublik jährlich um durchschnittlich 28%. Im Jahre 1949 gab es in der Volksrepublik nur 2 Stickstoffdüngerefabriken, die 5.700 t pro Jahr produzierten, das waren 14% der Tagesproduktion von heute.

Heute gibt es in der Volksrepublik mehr als 1.300 Kunstdüngerefabriken, die rund ein Dutzend verschiedener Kunstdünger produzieren, darunter Ammoniumbikarbonat, Harnstoff, Ammoniumsulfat, Ammoniumnitrat, Kalziumsuperphosphat, Kalziummagnesiumphosphat, Pottaschesulfate, Pottaschesulfate sowie Dünger mit Spurenelementen. In den 1950er Jahren wurde eine Anzahl von Kunstdüngerefabriken gebaut; in den 1960er Jahren wurde mit der Produktion von Ausrüstungen begonnen, um mehr als 40 mittelgroße Stickstoffdüngerefabriken in Städten, wie Shanghai und Guangzhou, zu errichten. In den frühen 1970er Jahren importierte China 13 komplette Fabriken, wovon jede 1.000 t synthetischen Ammoniaks und 1.600 t Harnstoff pro Tag herstellen kann. Diese Fabriken produzierten 1983 ca. 3,5 Mio. t Kunstdünger. Es gibt auch mehr als 1.200 kleine Stickstoffdüngerefabriken über das ganze Land verteilt; jede dieser Fabriken hat einen Jahresoutput von 5.000 bis 20.000 t synthetischen Ammoniaks und macht vollen Gebrauch von den reichen lokalen Kohlevorräten. Diese Fabriken produzieren mehr als die Hälfte des gesamten Stickstoffdüngers des Landes. Obgleich China der Welt drittgrößter Chemiedüngerefabrikant ist, übertrifft die Nachfrage noch immer das Angebot.

Chinas nachgewiesene Reserven an Phosphoren betragen 11,8 Mrd. t, sie gehören damit nach den USA, der Sowjetunion und Marokko zu den viertgrößten Reserven in der Welt.

Die Volksrepublik konzentriert sich nun auf den Bau von 8 Phosphorminen in Yunnan, Guizhou und Hubei und 4 Pyritminen in den Provinzen Guangdong, Anhui und Hunan sowie in der Autonomen Region Innere Mongolei. Im Qaidam-Becken hat bereits die erste Bauphase der Pottaschedüngerfabrik von Qinghai begonnen. Wenn die erste Bauphase im Jahre 1987 vollendet sein wird, wird die Fabrik viermal soviel Pottaschedünger produzieren wie der gegenwärtige jährliche Output des Landes beträgt. (XNA, 16.8.84) -lou-

*(41)

Lebensstandards der Bauern und Arbeiter nähern sich an

Die Volkszeitung veröffentlichte die Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung bei 30.427 Bauernhaushalten in 600 Kreisen und 9.060 Arbeiterhaushalten in 47 Städten, die vom zentralen Statistikamt durchgeführt wurde. Die folgende Tabelle "Lebensstandard von Bauern und Arbeitern 1978 und 1983" enthält die Ergebnisse.

Für die Zahlen in dieser Tabelle sind die üblichen Einschränkungen zu machen. Die Untersuchung dürfte insoweit verzerrt sein, als besonders günstige Kreise bzw. Städte ausgewählt worden sind. Deutlich wird dies etwa an der Zahl durchschnittlichen Wohnraums pro Kopf, der für Arbeiter im Jahre 1983 5,9 qm betragen soll. Verschiedene in der Vergangenheit publizierte Zahlen für den nationalen Durchschnitt bleiben beträchtlich unter diesem Wert. Auch sind die regionalen Unterschiede zu beachten, also beispielsweise die Verhältnisse im armen Südwesten im Gegensatz zu den reichen Küstengebieten. In einer Radiosendung aus der Provinz Yunnan hieß es: "Die Massen in einigen Orten haben nicht genug zu essen und nicht genug zum Anziehen." (RMRB, 15.8.84; Radio Kunming, 10.7.84, zit. nach SWB, 21.7.84) -lou-

*(42)

Ländliche Industrialisierung in Beijing

Nach einer Untersuchung, die vom städtischen Amt für die Entwicklung ländlicher Unternehmen in Beijing publiziert wurde, arbeiten ca. 620.000 Bauern, das sind 35% der gesamten Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten von Beijing, in 11.000 Unternehmen. Die Größe dieser Unternehmen variiert von einem Dutzend Arbeitern bis zu mehr als 1.000. Die Unternehmen befassen sich beispielsweise mit der Herstellung von Maschinen, Baumaterialien, chemischen Produkten, mit Schneiderei, Kunsthand-

Tabelle: LEBENSSTANDARD VON BAUERN UND ARBEITERN 1978 UND 1983

	1978	1983	Zunahme
	prozentuale		
Einkommen für Lebenshaltungsausgaben durchschnittlich pro Kopf			
- Arbeiter	315,96	525,96	66,5
- Bauern	133,57	309,77	130
- Relation Bauer/Arbeiter	1:2,37	1:1,7	
Ausgaben für Lebenshaltung durchschnittlich pro Kopf			
- Arbeiter	311,14	505,92	62,6
- Bauer	118,23	248,29	110
- Relation Bauer/Arbeiter	1:2,68	1:2,04	
- Relation Bauer/Arbeiter bei Berücksichtigung von Preissteigerungen		1:2	
Verbrauchsrelationen Bauer/Arbeiter			
- Nahrungsmittel	1:2,28	1:2,03	
- Kleidung	1:2,87	1:2,66	
- Wohnung und tägliche Bedürfnisse	1:4,43	1:1,51	
Wohnraum durchschnittlich pro Kopf (in qm)			
- Bauer	8,1	11,6	43,2
- Arbeiter	4,2	5,9	40,5

werk, Nahrungsmitteln, Druck, Bergbau und Textilien. Ebenso werden von den Bauern Transport-, Bau-, Handels- und andere Versorgungsunternehmen betrieben. Einige der Produkte, wie z.B. Violinen, kunsthandwerkliche Erzeugnisse und Stickereien, werden nicht nur in der Volksrepublik verkauft, sondern auch ins Ausland.

Unternehmen dieser Art sind seit 1978 in größerem Umfang entstanden. In jenem Jahr arbeiteten nur 226.000 Menschen in 4.075 Unternehmen.

Die meisten Investitionsmittel für die Entwicklung der Produktion stammen von Gemeinden oder Produktionsbrigaden. Investitionsmittel wurden auch zusammen mit vom Staat betriebenen Unternehmen aufgebracht; die Bauern haben auch eigene Mittel aufgebracht. Die Regierung der Stadt Beijing ist nun dabei, einen Entwicklungsplan zu entwerfen, um die regionale Erweiterung dieser Unternehmen zu unterstützen. (XNA, 28.8.84) -lou-

*(43)

Willkürliche Nutzung von Farmland in Hubei

Auf der ersten Konferenz über Landkontrolle der Provinz Hubei, die am 1. August 1984 endete, wurde mitgeteilt, daß die Landkontrolle der Provinz in einem chaotischen Zustand sei, daß die Praxis der willkürlichen Nutzung von Farmland

allgemein sei und daß demzufolge ein beträchtlicher Rückgang von Farmland zu verzeichnen sei. Nach einer statistischen Untersuchung ist das Farmland der Provinz in den 20 Jahren von 1961-1982 jährlich um ca. 27.700 ha geschrumpft, während die Bevölkerung der Provinz jedes Jahr um ca. 760.000 Menschen zunahm. Die wichtigsten Gründe für den Rückgang des Farmlandes sind darin zu sehen, daß einige Einheiten und eine geringe Anzahl von Individuen willkürlich Farmland in Besitz genommen haben, wobei sie die relevanten staatlichen Regelungen und die Anweisungen der zentralen Behörden nicht beachtet haben. Einige Leute haben aufgrund von privaten Vereinbarungen Farmland gekauft, verkauft und verpachtet. Einige Einheiten haben ihre guten Beziehungen mit den entsprechenden Abteilungen genutzt, um sich überschüssiges Farmland anzueignen, haben jedoch dieses Farmland brach liegen lassen. Einige Menschen haben in böswilliger Weise Farmland besetzt, während andere dort Häuser ohne Genehmigung gebaut haben.

Die Konferenz über Landkontrolle appellierte an die Regierungen auf allen Ebenen, die Kontrolle über das Land zu verstärken, die relevanten Regeln, die von den Zentralbehörden und der Provinzregierung festgelegt worden waren, gewissenhaft zu erfüllen und sich um jene Fälle zu kümmern, in denen das Land unter Verletzung der

Gesetze willkürlich genutzt worden ist. (Radio Wuhan, 2.8.84, zit. nach SWB, 8.8.84) -lou-

*(44)

Schutzmaßnahmen für spezialisierte Haushalte

Daß die sog. spezialisierten Haushalte (das sind Haushalte, die im Rahmen der ländlichen Kleinindustrialisierung sich auf ein Spezialgebiet konzentriert haben) nicht problemlos arbeiten können, beweisen die Schutzmaßnahmen, die einige Provinzen ergreifen mußten.

So wurde beispielsweise Yang Huai, ein Mitglied eines spezialisierten Haushaltes für Transport im Dorf Tanzu, Stadtbezirk Feiteng, Kreis Guyuan in der Autonomen Region Ningxia von einer Automobilreparaturstation in Xianyang bei seiner Arbeit behindert. Das Gericht der Stadt Xianyang nahm sich dieses Falles an und entschied zugunsten von Yang Huai. Am 31. Dezember 1983 wurde Yang Huai vom Personal der Automobilreparaturstation von Xianyang aufgefordert, eine Straßenerhaltungsgebühr für Januar 1984 zu zahlen, als er von einer Fahrt zu einem Kunden in Xian (Ningxia) zurückkehrte. Yang Huai berief sich mehrmals auf die vom Ministerium für Kommunikationswesen erlassenen Regelungen, die die Erhebung von Straßenerhaltungsgebühren bei Fahrten zwischen Provinzen und Präfekturen verbieten. Anstatt ihm zuzuhören, bestand das Personal der Automobilreparaturstation gebieterisch darauf, seinen Wagen in Verwahr zu nehmen. Da er keine andere Wahl hatte, bezahlte Yang mit Tränen in den Augen die sog. Gebühr in Höhe von 200 Yuan, das war das gesamte Geld, das er zu jener Zeit besaß. Nach seiner Rückkehr nach Guyuan erzählte er in einer dortigen Automobilreparaturstation über sein Mißgeschick. In Übereinstimmung mit den staatlichen Regelungen halfen ihm die Genossen dieser Automobilreparaturstation. Die Automobilreparaturstation von Xianyang weigerte sich jedoch wiederholt, die Gebühr zurückzahlen. Obgleich Yang schließlich den Prozeß gewann und moralische Unterstützung erhielt, so hat er doch mehr als 300 Yuan für diese Sache ausgegeben. Um die von ihm rechtswidrig erhobenen 200 Yuan zurückzubekommen, mußte er in fünf Monaten mehrere Reisen machen, so daß ihm hohe Reisekosten entstanden. (Radio Xian, 27.8.84, zit. nach SWB, 31.8.84)

Das Komitee der Kommunistischen Partei der Präfektur Baise hat 10 Punkte erlassen, um die legitimen Rechte spezialisierten Haushalte entschlossen zu schützen und deren Entwicklung zu fördern. Diese

Punkte, die im Hinblick auf gewisse Verletzungen der Rechte spezialisierter Haushalte erlassen wurden, sind wie folgt: (1) Es ist verboten, in die wirtschaftlichen Aktivitäten spezialisierter Haushalte einzugreifen und sie zu beschränken. (2) Es ist verboten, einseitig Verträge zu lösen, die mit spezialisierten Haushalten abgeschlossen wurden. Falls solche Verträge gelöst werden, muß eine wirtschaftliche Kompensation gezahlt werden. (3) Es ist verboten, von spezialisierten Haushalten Geld zu fordern unter dem Vorwand, einen guten Stil zu zeigen. (4) Es ist verboten, von spezialisierten Haushalten Geld unter verschiedenen Vorwänden zu leihen, Egalitarismus und den wahllosen Transfer ihrer Ressourcen zu betreiben. (5) Es ist verboten, spezialisierte Haushalte zu zwingen, Teilhaber zu werden oder Schein-Gemeinschaftsunternehmen zu gründen, mittels deren einige Leute reich werden, ohne zu arbeiten. (6) Es ist verboten, Geld von spezialisierten Haushalten zu erpressen. (7) Es ist verboten, sich Vorteile von spezialisierten Haushalten zu verschaffen unter dem Vorwand, den Geschmack prüfen zu wollen. (8) Es ist verboten, sich die Früchte der Arbeit spezialisierter Haushalte anzueignen oder diese zu schädigen. (9) Es ist verboten, die Materialien oder Preise, die vom Staat an die spezialisierten Haushalte gegeben werden, zu unterschlagen. (10) Es ist verboten, willkürlich Geschäftslizenzen oder Lizenzen für den Betrieb von Fahrzeugen zurückzuhalten oder aufzuheben.

Die Präfektur Baise hat bereits verschiedene Fälle behandelt. Der spezialisierte Haushalt des Huang Yaozong im Dorf Damei der Guiming Brigade der Shitan-Kommune in der Stadt Baise hatte in den letzten Jahren eine große Menge von Früchten produziert. Einige Menschen hatten deswegen rot gesehen. Am Abend des 5. Mai 1984 wurden 515 Bananenstauden, 383 Melonenpflanzen und 27 Schößlinge zerstört, was einen Gesamtverlust von 5.400 Yuan bedeutet. Nach diesem Vorfall führten die betreffenden Abteilungen sofort eine Untersuchung an Ort und Stelle durch. Mit der Unterstützung der örtlichen Parteiorganisation und der Massen wurde der Fall erfolgreich gelöst, der Hauptschuldige und seine Komplizen wurden am 22. Juni festgenommen. Den Schuldigen wurde aufgegeben, wirtschaftliche Entschädigung zu zahlen. (Radio Nanning, 7.7.84, zit. nach SWB, 11.7.84)

Am 21. August 1984 gab die Volksregierung der Provinz Guangdong ein Rundschreiben heraus, in dem die

Regierungen aller Ebenen gebeten werden, Schluß zu machen mit der Erhebung verschiedener Gebühren bei einzelnen Industrie- und Handelshaushalten. In dem Rundschreiben wird ausgeführt, daß einige Abteilungen und Einheiten den unteren Ebenen willkürlich unter allen möglichen Vorwänden Gebühren auferlegen. Die Situation sei sehr ernst. Eine solche Praxis sei sehr schädlich für die Ziele von Staat und Partei sowie für die Interessen des Staates und der Menschen. (Radio Guangzhou, 25.8.84, zit. nach SWB, 30.8.84) -lou-

TAIWAN

*

*

* * * * *

*(45)

Feierlicher Empfang für Flugzeugentführer

Die sechs chinesischen Bürger (fünf Männer und eine Frau), die am 5. Mai des vorigen Jahres eine Verkehrsmaschine der chinesischen staatlichen Fluggesellschaft CAAC (Civil Aviation Administration of China) mit 96 Passagieren und 9 Besatzungsmitgliedern an Bord nach Südkorea entführt hatten (s. C.a., Mai 1983, S. 270 ff., Ü 6) und von der südkoreanischen Justiz zu vier bis sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, sind nun in Taiwan gelandet (ZYRB u. LHB, 14.-15.8.84). Am 13. August hat die Regierung in Seoul die Strafen gegen die sechs Flugzeugentführer "suspendiert" und sie nach Taiwan abgeschoben. In einer Erklärung hat der Sprecher des südkoreanischen Justizministeriums Lo Soojung die Verbrechen der Betroffenen gegen internationale Konventionen und koreanische Gesetze bekräftigt. Ihre Freilassung wurde damit begründet, daß sie während der über einjährigen Haftzeit im Zuchthaus ihre Tat "tief bereut" hätten und daß es auch Bittschriften um ihre Freilassung gegeben habe. Aus menschlichen Überlegungen, so Lo, wurde ihnen erlaubt, den Zielort der Abschiebung auszusuchen. Alle hätten den Wunsch geäußert, nach Taiwan zu gehen (The Korea Herald, 14.8.84).

Von Anfang an wollte Taiwan die sechs Personen nicht als Luftpiraten, sondern als "Freiheitskämpfer" betrachten. Obwohl sie vom Amts- wie vom Berufungsgericht in Seoul zu den für den Fall nach südkoreanischer Rechtsprechung relativ milden Freiheitsstrafen verurteilt wurden, hat dies in Taiwan zu starker antikoreanischer Stimmung geführt (s. C.a., Mai 1983, S. 288, Ü 48, Sept. 1983, S. 559f. u. Dez. 1983, S. 742f., Ü 44). Nach der Ablehnung der Berufung der Angeklagten durch die